

Volksblatt

Kreishauptstadt des
Landkreises
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeister
Ludwig und Amtmann
des Kreises Borken.
Organ
der Zentrumspartei

Geschäftskellern:
Bocholt, Kellerei, 6.
Jahren 1927 und 27.
Kellerei: J. Heintze.
Anholt: W. Wollfing.
Werth: Th. Warras.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 16

Montag, den 17. Januar

Jahrgang 1927

Auftrag an Dr. Marx.

A Berlin, 15. Jan. Heute nachmittag um 5.30 Uhr wurde Reichskanzler Dr. Marx, der heute seinen 64. Geburtstag beging, vom Reichspräsidenten empfangen. Über den Empfang wird folgendes amtliche Communiqué verbreitet:

Der Reichspräsident empfing heute nachmittag den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx und erteilte ihm den Auftrag, auf Grund des gestrigen Beschlusses der Zentrumsfraktion in Verhandlung mit den in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages die parlamentarische Lage und die Möglichkeiten einer Regierungsbildung weiter zu klären. Dr. Marx bezieht sich seine Entscheidung bis morgen nachmittag vor.

Reichskanzler Marx hat in der vorigen Woche in einer Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums noch einmal festgestellt, daß alle auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien grundsätzlich zur Mitregierung berufen seien und daß das Zentrum nach rechts und links gleichmäßig die Parteien zur Mitarbeit einlade. Dann erinnerte er daran, daß die Deutschnationalen vor dieser letzten Krisis mit ihm nicht verhandelt hätten oder den Willen zu einer Verständigung kundgetan hätten. Was wird nun nach dem Auftrage des Reichspräsidenten an Marx werden?

Zunächst wollen wir nochmals feststellen, daß zwischen Zentrum und Dr. Curtius eingehende Verhandlungen stattgefunden haben, in denen das Zentrum seine Abstinenz klar herausgestellt hat. In dieser Aussprache hat sich die Auffassung des Zentrums nach folgender Richtung hin bewegt: Das Zentrum hat gegen die Bildung einer reinen Reichskoalition Bedenken erhoben, einmal, weil die Deutschnationalen ausfallen große Wandlungen durchmachen, seinen festen Standpunkt in der Außenpolitik hätten und hierzu die widersprechenden Erklärungen abgeben, sodann man gar nicht wisse, was überhaupt deutschnationaler Standpunkt in der Außenpolitik und ob überhaupt ein solcher Standpunkt vorhanden sei. Weiter hat das Zentrum Bedenken ausgesprochen bezüglich der Bildung eines Eintrits der Deutschnationalen in ein Kabinett nach dem Auslande hin, insbesondere nach Frankreich mit Rücksicht darauf, daß die Frage der sogenannten Restpunkte noch erledigt werden muß. Demgegenüber ist aber geltend gemacht worden, daß die große Mehrheit der deutschnationalen Partei heute absolut auf dem Boden der Außenpolitik sich stellt und zwar in all ihren Verzweigungen. Es gäbe sogar, so wurde von einer sehr wohl über die inneren Verhältnisse der Deutschnationalen unterrichteten parlamentarischen Seite ausgesprochen, Mitglieder innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die beispielsweise dem Völkerverbund freundschaftlicher gegenüberstünden, als selbst Zentrumsgesandte. Im ganzen würden höchstens noch zehn bis zwölf deutschnationale Mitglieder außerhalb dieser Auffassung stehen. Sie hätten aber keinen ausreichenden Einfluß innerhalb der Fraktion und könnten auf keinen Fall die gesamte Außenpolitik steuern. Außerdem will man auch eine Garantie für die Fortführung der Außenpolitik darin erblicken, daß Stresemann, der schon drei Jahre diese Politik führt, auch dem neuen Kabinett wieder angehört. Jedenfalls meint man, daß eventuelle schädliche Wirkungen im Auslande ausgeglichen werden könnten durch diese Tatsache. Zugunsten ist, daß der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung im Auslande sehr verschiedentlich beurteilt wird.

In England kümmert man sich wenig um diese Dinge, in Belgien schon mehr, weil dort ein sozialistischer Außenminister amtiert. Schwieriger sind freilich die Dinge mit Frankreich. Doch macht man auch hier geltend, daß im Jahre 1925, als die Deutschnationalen in die Regierung eintraten, die Situation außenpolitisch noch kritischer war als jetzt, und daß damals der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung keine störenden Einwirkungen nach außen hatte, und man weiß ferner darauf hin, daß ja auch die damals von der Wahlwindenburg befürworteten Rückwirkungen im Auslande nicht eingetreten sind. So werden jetzt nach dieser Auffassung die außenpolitischen Bedenken bei einem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung als nicht mehr so stark und schwerwiegend wie früher angesehen. Das Zentrum hat aber gefordert, daß die Deutschnationalen eine positive Erklärung abgeben, daß sie sich auf dem Boden der Außenpolitik und der Genfer Abmachungen stellen, daß sie loyal im Völkerverbund mitarbeiten müssen und daß sie die friedliche Verständigung anerkennen.

Man hat in diesem Zusammenhange auch die Frage der Einwirkung einer Reichstagsauflösung besprochen. Hier werden aber gerade wegen außenpolitischer Bedenken schwerwiegende Einwendungen gemacht. Zunächst ist der 31. Januar der Tag des Verschwindens der Interalliierten Militärkontrolle. Ferner sollen in aller nächster Zeit die Restpunkte erledigt werden. Sodann ist Anfang März eine Völkerverbundsratsitzung in Berlin vorgesehen, bei der die Frage der Rheinlandräumung zur Erörterung kommt. Man sagt

nun, daß es überaus schwierig wäre, in diesen Dingen zum Ziel zu kommen, wenn infolge einer Reichstagsauflösung eine nicht voll beamtete Reichsregierung vorhanden wäre. Wichtig ist freilich auch, daß die Reichstagsauflösung von den Abgeordneten so ziemlich aller Parteien nicht gewollt wird.

In diesem Zusammenhange darf man aber wohl auch feststellen, daß die dem Reichspräsidenten in der Presse vielfach zugeschriebenen Pläne wegen Auflösung des Reichstages oder wegen Einsetzung einer Diktatur, die mit dem Artikel 48 arbeitet, durchaus nicht zutreffen. Der Reichspräsident denkt nicht daran, zu solchen gewaltsamen Methoden überzugehen, sondern er wird, wie er auch wiederholt den Parteiführern gegenüber erklärt hat, mit den gegebenen parlamentarischen Mitteln die Krise zu lösen versuchen.

Im Fortgang der Erörterungen wegen der an die Deutschnationalen für einen eventuellen Regierungsantritt zu stellenden Forderungen ist nach der Innenseite hin vom Zentrum nachdrücklich betont worden, daß die Verfassung anerkannt und geschützt werden müsse, daß auch die Symbole der Verfassung, Flagge, Farben usw. geschützt werden müssen und insbesondere wird ein Verbot verlangt, wonach Beamten des Reiches die Teilnahme und Betätigung in rechtsradikalen Verbänden, die die Verfassung und den Staat ablehnen und bekämpfen, ebenso an allen Organisationen, die verfassungswidrige Zwecke verfolgen, untersagt wird.

Was die sozialpolitischen Arbeiten angeht, so hat man hingewiesen auf die Zusammenballung der Industrie zu Trusts, auf die Frage der Rationalisierung, während andererseits trotzdem kein Preisabbau erfolgt, auf die Frage der Arbeitslosigkeit, die neuerdings sich in ganz außerordentlich gefährlicher Weise verbreitet, und man ist dabei auf die Probleme des Arbeitszeitgesetzes, der Arbeitslosenversicherung und der Erhöhung der Wohnungsmieten gekommen und hat zum Ausdruck gebracht, daß, wenn alle diese Dinge gegen eine geschlossene Opposition der Sozialdemokraten, in

denen doch nun einmal ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft seine politische Vertretung sieht, gemacht werden müßten, ganz außerordentliche Schwierigkeiten entstehen würden. Es werden deshalb auch in diesen Dingen bestimmte Zusicherungen verlangt werden müssen. Was nun die kulturpolitischen Fragen angeht, so liegen die Dinge allerdings so, daß in diesen Fragen das Zentrum die Schwierigkeiten weniger von den Deutschnationalen, als von der Deutschen Volkspartei und zum Teil auch von den Demokraten sieht.

Das ist der wesentliche Inhalt der Besprechungen der Zentrumsvertreter mit Dr. Curtius gewesen. Dr. Curtius hat daraufhin mit den Deutschnationalen verhandelt und schriftlich das Ergebnis dem Zentrum mitgeteilt. In diesem Brief sind die Formulierungen auf außen-, innen- u. kulturpolitischem Gebiete getroffen worden. Sie entsprechen aber nicht in allen Punkten den Auffassungen des Zentrums, wenngleich anerkannt wird, daß sie diesen Auffassungen ziemlich entgegenzukommen suchen.

Ob dem Reichskanzler Marx die Bildung einer Wehrheitsregierung gelingt, bleibt abzuwarten. Wir warnen daher, den Zentrumsanhängern weis machen zu wollen, daß nur eine Koalition nach links für das Zentrum in Betracht kommen könne. Die Große Koalition scheiterte an der Stellung der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie. Regiere wollen den Reichswehrminister Geßler nicht, wegen dessen sie den Sturz des letzten Kabinetts betrieben; die bürgerlichen Parteien aber wollen Herrn Geßler nicht ohne weiteres fallen lassen. Die Linke darf dem Zentrum nicht in den Rücken fallen, wenn sie regierungsfähig werden soll. Wenn es diesmal nicht gelingt, ein Kabinett der Linken zu bilden, dann wird unweigerlich die Reichsregierung formen. Die Aufgabe des Zentrums liegt augenblicklich darin, Erziehungsarbeit nach beiden Seiten zu machen. Das Zentrum ist sich einig in allen dargelegten Richtlinien, alle Beschlüsse sind einhellig gefaßt, auch Dr. Wirth geht mit ihnen konform.

Im neuen Verhandlungsstadium.

Beratung des Vorstandes der Zentrumsnachaktion.

Berlin, 15. Jan. Am heutigen Nachmittag ist im Vorstand der Zentrumsnachaktion die durch die Rückgabe des Auftrages von Dr. Curtius geschaffene Lage eingehend besprochen worden. Der Vorstand nahm außerdem eingehend den Bericht entgegen, den Herr v. Guérard über seinen Vormittags-Besuch bei Herrn von Hindenburg erstattete.

In deutschnationalen Blättern wird an das Gespräch des Herrn Reichspräsidenten mit Herrn v. Guérard eine Kombination geknüpft, die richtiggestellt werden muß. Es heißt, daß, wenn man danach urteilen könne, was Herr v. Guérard heute vormittag dem Reichspräsidenten, natürlich nicht in offiziellem Auftrag, aber doch aus der Kenntnis der Stimmungen in seiner Partei und Fraktion gesagt habe, man dann annehmen dürfte, das Zentrum würde Koalitionsverhandlungen mit der Rechten nach einem Scheitern seiner Mitteilungsversuche. Wir sind demgegenüber zu der Feststellung ermächtigt, daß Herr v. Guérard über die Stimmungen in seiner Partei und Fraktion mit Herrn v. Hindenburg überhaupt nicht gesprochen habe, daß er vielmehr in gegenseitiger Meinungsaustausch über die Lage Herrn v. Hindenburg gebeten habe, den im Briefe des Zentrums angegebenen Weg einzuschlagen.

Marx nimmt an.

(A) Berlin, 16. Jan. Reichskanzler Dr. Marx hat heute dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß er den Auftrag, auf Grund des vorgestrichenen Zentrumsbeschlusses in Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages die politische Lage und die Möglichkeiten der Regierungsbildung weiter zu klären, annehme. Dr. Marx wird Montag mit den Parteiführern im Sinne des am Freitag gefaßten Zentrumsbeschlusses wegen der Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Mitte verhandeln.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Dr. Marx sich zunächst mit den Führern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei besprechen, um festzustellen, ob ein Kabinett der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten durchzuführen ist. Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei tritt am Montag mittags zu einer Sitzung zusammen; es steht hierbei fest, daß in dieser Sitzung die Entscheidung darüber fallen wird, ob die Deutsche Volkspartei sich an einem Kabinett der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten oder unter Einbeziehung der Sozialdemokraten zu beteiligen beabsichtigt. Mit den Fraktionsführern der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten will Dr. Marx erst verhandeln, nachdem er die Ansichten der Deutschen Volkspartei kennengelernt hat.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei.

Berlin, 15. Jan. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei sind zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre zu nächsten Mittwoch vor der Plenarsitzung einberufen worden. Eine Entscheidung über die Kabinettbildung ist also vor Ende der Woche nicht zu erwarten.

Die Aufnahme in der Presse.

Berlin, 16. Jan. Die Blätter erörtern anlässlich des Auftrages an Dr. Marx, die parlamentarische Lage zu klären, die verschiedenen Möglichkeiten, die Dr. Marx für eine Regierungsbildung in Betracht ziehen könnte. Dabei wird darauf hingewiesen, daß er wohl zunächst den Versuch machen wird, ein Kabinett der Mitte zu bilden, um nach dem Scheitern dieses Versuches mit den Deutschnationalen Verhandlungen aufzunehmen. Die „D. V. Z.“ meint: Wenn auch sein Antrag zu diplomatischem Vorzuge, so seien doch die Aussichten auf eine schnellere Verständigung gewachsen. Und zwar lediglich auf dem von Dr. Curtius in seinen Verhandlungen vorbereiteten Boden, nur mit dem Unterschied, daß Herr v. Guérard in den Händen der Deutschnationalen keine so wertvolle Stütze der „Lafayette“ darstellt, wie Herr v. Guérard in den Händen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten. Die „Lafayette“ bezeichnet eine solche Stütze als durchaus wünschenswert, bezweifelt aber angesichts der Haltung des Zentrums in den letzten Tagen ihren Erfolg und betont gleichzeitig, daß die Deutsche Volkspartei und auch die Bayerische Volkspartei dem Zentrum nicht folgen würden, wenn es sich die Unterstützung der Sozialdemokraten etwa durch besondere Konzessionen erkaufen wollte. Die „Deutsche Tageszeitung“ betont nochmals, daß sich die Deutschnationalen aus begreiflichen Gründen nicht in der Lage sähen, ein Ministerkabinett zu bilden, aus dem sie nicht aus sachlichen Motiven, sondern aus einer verbliebenen Stimmung heraus ferngehalten würden. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß der wirtschaftliche Erfolg der Haltung des Zentrums in den letzten Tagen ihren Erfolg und betont gleichzeitig, daß die Deutsche Volkspartei und auch die Bayerische Volkspartei dem Zentrum nicht folgen würden, wenn es sich die Unterstützung der Sozialdemokraten etwa durch besondere Konzessionen erkaufen wollte. Die „Deutsche Tageszeitung“ betont nochmals, daß sich die Deutschnationalen aus begreiflichen Gründen nicht in der Lage sähen, ein Ministerkabinett zu bilden, aus dem sie nicht aus sachlichen Motiven, sondern aus einer verbliebenen Stimmung heraus ferngehalten würden. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß der wirtschaftliche Erfolg der Haltung des Zentrums in den letzten Tagen ihren Erfolg und betont gleichzeitig, daß die Deutsche Volkspartei und auch die Bayerische Volkspartei dem Zentrum nicht folgen würden, wenn es sich die Unterstützung der Sozialdemokraten etwa durch besondere Konzessionen erkaufen wollte.

handeln. Wenn dieser Auftrag erst einmal erteilt und angenommen sei, so werde die Krise sehr schnell gelöst sein, da die Deutschnationalen, wie der „Montag“ kundtut, auch an der Person eines Zentrumskanzlers keinen Anstoß nehmen würden. Letzten Endes wird die Lösung der Krise freilich weniger von den bloßen Wünschen der Deutschnationalen, in der künftigen Regierung vertreten zu sein, abhängen, als vielmehr davon, welche Zusagen sie in bindender Form in in- und außenpolitischen Beziehungen machen. Hierüber werden die Verhandlungen der nächsten Tage Aufschluß zu geben haben. Die „Germania“ meint, die Veruche des Herrn Dr. Marx müßten naturgemäß darauf gerichtet sein, die Zusammenarbeit der Koalition der Mitte von neuem zu sichern und soeben für diese Koalition den nötigen parlamentarischen Rückhalt durch Gewinnung einer Fraktionspartei zu finden. Die Hauptkernfrage, die Herr Marx dabei zu überwinden haben werde, liege in dem gespannten Verhältnis zwischen der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten. Man müsse aber hoffen, daß bei diesen beiden Parteien hinreichend Vernunft obwalten werde, um endlich dem deutschen Volke wieder zu einer Regierung zu verhelfen. — Das „Berl. Tagebl.“ spricht die Erwartung aus, daß das neue Kabinett der Mitte binnen wenigen Tagen wieder auf festen Füßen stehen werde. Der letzte Lösungsversuch sei der von Anfang an angegebene gewesen, weil das alte Kabinett nicht durch eine homogene Opposition gestürzt worden sei. — Der „Vorwärts“ sagt, es sei von der Sozialdemokratie nicht zu erwarten, sie werde eine neue Regierung der Mitte unter Zurückstellung eigener Wünsche, sobald der persönlichen wie auch der sachlichen Vorbehalte unterworfen. Sie wolle ihren Entschluß von der Zusammensetzung des Kabinetts und von seinem Programm abhängig machen. Denn die Sozialdemokratie an die Ausschüttung rein politischer Forderungen einseitiger Art, so müßte man ihr den Versuch an zu denken geben, ob sie in ihrem eigenen Interesse vorantreiben könnte, wenn sich dann etwa auf andere politische Orientierungen einstellen würden.

Graf Westarp über die politische Lage.

V Berlin, 16. Jan. Auf der 8. Reichstagsung der im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband aufgenommene Deutschnationalen Angestellten führte Graf Westarp u. a. mit Bezug auf den Wunsch, gewissermaßen den Christlichen Gewerkschaften nachzusehen, die Zentrumsführer, die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen mit der Sozialdemokratie zu machen, nach dem „Vorwärts“ aus, daß die Deutschnationalen ein solches „Gesellschaftspolitisch“ nicht annehmen. Es stehe fest, daß diese Gesetze mit den Deutschnationalen gemacht werden könnten. Die nächste Aufgabe sei ein wirksames Wirtschaftsprogramm und dies könne mit der Sozialdemokratie nicht aufgestellt werden. Bei den mannigfachen wirtschaftlichen Dingen werde die Kultur aufgegeben nicht vergessen und die Wahrung des christlichen Charakters der Schule und Erziehung in den Vordergrund stellen. Dem deutschen Volke könne die Freiheit nur zuteil werden, wenn es sich von der deutschen Lebensart fremden Staatsverordnungen frei mache und zu einer seiner Überlieferung und seinen politischen Bedürfnissen entsprechenden Staatsform zurückkehre. (A) Außenpolitisch führte Graf Westarp weiter aus, stellen wir die Befreiung vom Joch der Fremdherrschaft in den Vordergrund aller Bestrebungen.

Die nächste Sitzung des Reichstages.

X Berlin, 16. Dez. Unbeschadet des Ausganges der Kabinettbildung wird der Reichstag am Mittwoch nachmittag zusammengetreten, um sich zunächst mit kleineren Vorlagen zu beschäftigen. Es handelt sich dabei um Vorlagen, die von geringer politischer Bedeutung sind und daher das Vorhandensein einer regierungsfähigen Koalition nicht unbedingt erfordern. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstages stehen die ersten Beratungen eines Gesetzesentwurfes über die Regelung des Arbeitervertrages an der deutsch-französischen Grenze und über eine Reichswohnungsabrechnung.

Die Christenverfolgung in China.

Ueberfall auf ein Dominikanerkloster in Futschau. (A) Futschau, 15. Jan. (Meuter.) Gestern Abend überfielen eine Anzahl Studenten das in der Nähe gelegene Klosterhaus der spanischen Dominikaner sowie die Kirche und das dazu gehörende Wohngebäude. Sie vertrieben die Ordensschwester, bemächtigten sich mehrerer christlicher Waffen und plünderten und beschädigten die Klosteranlage. Die Schwestern und die Geistlichen, mit Ausnahme des Bischofs, verließen heute das Kloster. Obwohl 4000 Mann nationaler Truppen in Futschau liegen, ist nichts geschehen, um den Ueberfall zu verhindern.

Ausbreitungen in Futschau.

Futschau, 16. Jan. In der vergangenen Nacht ist im Fremdenviertel der Wohnung des spanischen Bischofs geplündert worden. Seine Komode mit neuen Kleidern und in den Missionen und in den Niederlassungen der Missionare.

Die Flucht der Missionare.

London, 16. Jan. Meuter meldet aus Peking: Außer den britischen Missionaren, die ihre Geschäfte

le das Ausland
ist fast kein Wun
stischen Presse in
benen Stichworte